



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verbot der Anwendung von Kaspersky Software für bayerische Behörden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Nutzung von Sicherheitssoftware des russischen Softwareunternehmens „Kaspersky Lab“ durch staatliche Behörden baldmöglichst einzustellen. Zudem sollen Unternehmen und Privatpersonen verstärkt über die Warnung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) informiert werden und für die Gefahren der Verwendung von Kasperskys Sicherheits- und Antiviren-Software sensibilisiert werden.

Begründung:

Das BSI warnte am 15.03.2022 vor dem Einsatz von Virenschutz Software des russischen Herstellers Kaspersky. Das BSI empfiehlt, Anwendungen aus dem Portfolio von Virenschutz-Software des Unternehmens Kaspersky durch alternative Produkte zu ersetzen. Unternehmen und Behörden mit besonderen Sicherheitsinteressen und Betreiber kritischer Infrastrukturen sind in besonderem Maße gefährdet. Daher sollten bayerische Behörden schnellstmöglich auf Produkte des Unternehmens verzichten.